II. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 72	24. Dezember 1919	ב׳ טבת תר״ף	Preis 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe - Belegexemplare erbeten

Die Tätigkeit der Jüdischen Delegationen an der Friedenskonferenz.

Interview mit Leo Motzkin.

Als Fortsetzung der in der letzten Nummer veröffentlichten Interviews und Rücksprachen, die unser Herausgeber mit prominenten Persönlichkeiten in Paris über aktuelle jüdische Fragen an der Friedenskonferenz hatte, bringen wir nachstehend eine Unterredung mit dem unermüdlichen Generalsekretär des Komitees der Jüdischen Delegationen, Dr. Leo *Motzkin,* über die Arbeiten dieses Komitees an der Friedenskonferenz, ferner ein Interview mit dem Vizepräsidenten genannten Komitees, Dr. Leon *Reich,* über den gegenwärtigen Stand der ostgalizischen Frage.

In einer mehrstündigen Unterredung hatte Dr. Leo *Motzkin* die Freundlichkeit, einen erschöpfenden Ueberblick über die bisherigen, gegenwärtigen und zukünftigen Arbeiten des Komitees der Jüdischen Delegationen zu geben und sich auf die speziellen Fragen wie folgt zu äußern:

„Inwiefern hat das Komitee der Jüdischen Delegationen seine Aufgaben an der Friedenskonferenz erfüllt?"

„Die Aufgaben, welche das Komitee der Jüd. Delegationen an der Friedenskonferenz zu erfüllen hatte, wurden von verschiedenen Delegationen bald breiter, bald enger, aufgefaßt. Eine Uebereinstimmung herrschte von vornherein nur darüber, daß die Delegationen der verschiedenen Judenheiten, welche insgesamt 12 Millionen Juden repräsentieren, eine gemeinsame Marschroute haben sollten. Kennzeichnend ist aber für den Willen des jüd. Volkes, daß alle Delegationen schon von Hause aus den Auftrag hatten, nicht nur für bürgerliche Emanzipation, sondern auch für nationale Minderheitsrechte zu kämpfen. Selbst der amerikanisch-jüdische Kongreß, der ein sehr mächtiges und sehr verantwortungsvolles, dazu aus sehr divergierenden Elementen sich zusammensetzendes Judentum repräsentierte, hatte nach langjährigen Kämpfen während seiner Tagung durch die sogenannte Kommission der 52 Kongreßmitglieder, auf Grund von heftigen Diskussionen die Formel geprägt, vor der Friedenskonferenz im allgemeinen politische, bürgerliche und religiöse Rechte für die Juden, sowie Minoritätsvertretung zu fordern. Was die Juden Rumäniens betrifft, deren Forderungen vom amerikanisch-jüdischen Kongreß noch bestimmter formuliert waren, so wurden für sie die vollsten politischen, bürgerlichen und nationalen Rechte verlangt. Leider hatte die Losung der nationalen Minoritätsrechte für die Juden des Ostens, selbst in ihrer beschränkter Formulierung, die grossen jüd. Organisationen von England und Frankreich zurückgeschreckt. Eine völlige Einigung konnte deswegen trotz mehrwöchiger Unterhandlungen und trotz grosser Nachgiebigkeit seitens des Komitees d. J. D. in Paris nicht zustande kommen. Auf diese Weise war im Komitee d. J. D. nicht das gesamte Judentum vertreten, sondern durch die Delegationen der National-Kongresse, National-Versammlungen, National-Räte nur das Judentum folgender Länder: Vereinigte Staaten, Kanada, Polen, Rußland, Ukraine, Ost-Galizien, Rumänien, Tschecho-Slovakei, Italien, Palästina, Bukowina. Transsylvanien, Griechenland (letzteres durch schriftliches Mandat). Dazu kamen noch die Vertreter der Zion. Organisation der Bnei Brith und des American Jewish Committee (für das Memorandum). An diese Zusammensetzung des Komitees muß erinnert werden, um zu begreifen, welche Fülle von Aufgaben dem Komitee d. J. D. erwachsen war. Glücklicherweise hat sich zwischen dem Komitee d. J. D. und den anderwärts wirkende Faktoren der engl. und franz. Organisationen ein Konflikt in der Arbeit nicht herausgestellt. Wer nun nach der Erfüllung der Aufgaben des Komitees d. J. D. fragt, hat zwischen den Zielen zu unterscheiden, welche es sich gestellt hat und den Aktionen, welche es vollbracht hat. Die Frage, ob das Komitee d. J. D. die Aufgaben, welche es sich für seine Aktionen selbst gestellt hat, erfüllt hat, kann schon heute bis zu einem gewissen Grade bejahend beantwortet sein. Bei den Zielen kamen allerdings Momente in Betracht, welche ausserhalb des Bereichs der Machtverhältnisse des Komitees stehen. Zwischen den Aufgaben, welche das Komitee zu erfüllen hatte und den Zielen, welche das Komitee erreichen konnte, ist nämlich genau so scharf zu unterscheiden, wie zwischen dem Memorandum, welches das Komitee der Friedenskonferenz überreicht hat und dem Traktat, den die Polen haben unterzeichnen müssen. Diejenigen, welche seit Jahren im Kampfe für die jüd. Rechte stehen und insbesondere im Osten Europas die politischen Bestrebungen durchgemacht haben, hatten von vornherein ein sehr weitgehendes nationales Programm. Es ist aber interessant, daß gerade die jüd. Vertreter, die aus dem Osten nach Paris gekommen waren, sich keinen Illusionen hingaben und von vornherein wußten, daß die Verwirklichung dieser Forderungen während der Friedenskonferenz kaum denkbar sei. Es war ihnen zunächst am wesentlichsten daran gelegen, die jüd. Forderungen vor aller Welt zum ersten Mal klar zu formulieren

und sie der Friedenskonferenz vorzubringen. Daß der Gegenstand selbst der grossen nichtjüdischen Oeffentlichkeit, namentlich der von Westeuropa und Amerika völlig fremd sei, wußten die meisten Delegationen. Wer den ersten internen Sitzungen der jüdischen Vertreter beigewohnt hat, der weiss es, welcher Skeptizismus in dieser Beziehung unter ihnen herrschte. Unter Berücksichtigung dieser Umstände ist das, was mit Bezug auf Polen und selbst mit Bezug auf die anderen Länder erreicht worden ist, von historischer Bedeutung. Gewisse nationale Forderungen sind, ohne daß dieses Wort gebraucht wird, von der Friedenskonferenz tatsächlich anerkannt worden. Auch die offizielle Bestimmung des Judentums hält sich nicht mehr im Rahmen der früheren üblichen assimilatorischen Definition des Judentums einzig und allein als einer Glaubensgemeinschaft. Man stelle sich vor, wie der Text der Minderheitsrechte mit Bezug auf die Juden gelautet hätte, wenn die Friedenskonferenz vor dem Aufkommen der nationalen jüd. Bewegung diese Rechte hätte formulieren sollen. Dazu sehe man sich z. B. die Texte der früheren Verträge aus den siebziger Jahren mit Bezug auf Serbien und Rumänien an. Schon die Tatsache, daß plötzlich von ethnischen und Rasseminderheiten neben der religiösen die Rede ist, ist kennzeichnend genug. Es ist nur ein Anfang, aber dieser Anfang ist ein ausserordentlicher Fortschritt, ist die erste Etappe, der weitere nachfolgen werden."

„Mit welchen Arbeiten ist das Komitee momentan beschäftigt?"

„Das Komitee hat momentan fünf Arbeitsgebiete: 1.) Kampf um Aufnahme gewisser Klauseln in die verschiedenen Verträge mit kleineren Ländern, welche noch nicht erledigt sind. (Ungarn, Türkei etc.) 2.) Das Streben nach voller bürgerlicher und nationaler Emanzipation der Juden in Rußland. 3.) Abwehr der furchtbaren Katastrophen. Organisierung des Kampfes gegen die lawinenartigen Pogrome. 4.) Organisierung und Verwirklichung der jüdischen Welthilfskonferenz. 5.) Vorbereitung der künftigen Organisierung des Judentums (Waad Haarazoth) zum Schutz der erreichten Nationalrechte und zur Erweiterung dieser Rechte, sowie anderer permanenter Ziele."

„Wie lange dürfte das Komitee fortbestehen?"

„Voraussichtlich so lange, als die Friedenskonferenz in Paris bestehen wird. Insbesondere ist die Erledigung des immer aktueller werdenden russisch-jüdischen Problems bis zur Gründung des Rates der Jüd. Delegationen entscheidend für die Notwendigkeit des Weiterbestehens des Komitees in Paris. Ich glaube indes, daß, abgesehen von russisch-jüdischen Angelegenheiten auch die anderen Objekte und Ziele des Komitees vorläufig nur in Paris zur Behandlung kommen können. Man denke nur daran, welche Aktionen allein die Ergebnisse der Juden in Polen verursachen. Oder glaubt man etwa, dass die rumänische Emanzipation ohne die geringsten Schwierigkeiten verwirklicht werden wird? Bei der Gelegenheit lässt sich unsere Beziehung zum rumänischen Vertrag also formulieren. Der rumänische Vertrag ist weit entfernt von den Zielen, welche wir uns gestellt haben. Allein die auch bis jetzt durch den Vertrag gewährleistete Emanzipation der rumänischen Juden nebst Einschluss gewisser Minderheitsrechte ist ein so gewaltiger Fortschritt, bedeutet eine solche Revolution im Leben dieser Juden, dass es jetzt gilt, die Errungenschaft festzuhalten und weiter auszubauen."

„Ist das Komitee sich dessen bewusst, welche Hoffnungen die jüdischen Massen, besonders im Osten Europas, auf die S t a b i l i s i e r u n g des Komitees setzen?"

„Infolge der technischen Hindernisse stehen wir zwar nicht im beständigen direkten Kontakte mit den Juden des Ostens. Wir suchen aber alle Hindernisse zu überwinden und die Erlebnisse, Wünsche und Hoffnungen der Juden von Osteuropa zu erfahren, zu ergründen und nach Möglichkeit durch das Erstreben einer entsprechenden Organisation auch im Leben durchzuführen. Wie sehr uns daran gelegen ist, mit allen Schichten des jüd. Volkes in ständiger Verbindung zu sein, beweist die Tatsache, dass wir soeben durch Konstantinopel einen neuen Informationsdienst eingerichtet haben. So sind wir bestrebt, bald durch Kopenhagen, bald durch Warschau, Wien, Zürich, Konstantinopel, bald durch andere Städte ein Echo der jüd. Stimmungen zu erhalten. Zudem gehen uns durch unsere Delegationen viele wichtige Mitteilungen zu. Trotzdem wir also in Paris leben, befinden wir uns mit unseren Seelen und unserem Geiste unter den jüd. Massen. Wir verstehen daher auch, welche Hoffnungen die jüd. Massen auf ihre Vertreter setzen, was sie insbesondere von der Stabilisierung des Komitees erwarten. Dies ist auch ein Grund, weswegen wir mit solcher Energie und Ausdauer den Standpunkt zurückgewiesen haben, dass das Komitee d. J. D. sich aufzulösen habe, sobald die Verträge unterzeichnet sein werden, ohne Ersatz zu schaffen. Neue grosse, nicht weniger grosse Aufgaben als zur Zeit der Friedenskonferenz beginnen gerade dann, wenn das Komitee der Jüd. Delegationen sich in einen ständigen Rat der Jüd. Delegationen umwandeln wird. Die Probleme der Rekonstruktion, der Wanderung, der Durchführung der errungenen Rechte, des Ausbaues der nationalen Forderungen, des würdigen Protestes eines ganzen Volkes gegen schmähliche Legendenbildungen und hässliche Beschuldigungen, all dies wird ein Komplex von langjährigen Aufgaben sein, durch deren Durchführung die nationalen Ziele des Judentums durch die in der ganzen Welt wiederauflebende Kultur hindurch schliesslich zum endgültigen Sieg gelangen werden."

Die ostgalizische Frage an der Friedenskonferenz.

Dr. Leon *Reich*, Vizepräsident des Komitees der Jüd. Delegationen, der mit kurzen Unterbrechungen seit fast einem Jahre regen Anteil an den Arbeiten des Komitees in Paris nimmt und der gleichzeitig als Präsident des Jüd. Nationalrates für Ostgalizien über den Stand der ostgalizischen Frage am besten informiert ist, war so liebenswürdig, unserem Herausgeber in einer Unterredung u. a. folgende Frage zu beantworten:

„Wie gestaltet sich nach den letzten Beschlüssen der Friedenskonferenz das Schicksal Ostgaliziens u. welche Rückwirkung dürfte dies auf die Lage der Juden haben?"

„Vielleicht keine Frage unterlag so vielen Komplikationen und Metamorphosen bei der Friedenskonferenz, wie die Frage Ostgaliziens. Während bei Fragen aller anderen Territorien auf die die verschiedenartigsten Ansprüche geltend gemacht wurden, zunächst die territorialen Grenzen des Gebietes und die in Betracht kom-

menden Faktoren bekannt gewesen sind, waren hier einerseits die Grenzen des Gebietes nicht genau bestimmt und anderseits kam neben den in Betracht kommenden Bevölkerungs-Faktoren, nämlich Polen, Ukrainen und Juden und den um die Herrschaft ringenden nationalen Faktoren, nämlich Polen und Ukrainen, noch ein dritter unsichtbarer und dennoch tief eingreifender Faktor hinzu das ist Rußland, welches insbesondere von der englischen Regierung bei der Entscheidung über die ostgalizische Frage in Betracht gezogen zu sein scheint. Die endgültige Entscheidung wie sie sich nunmehr darstellt, dürfte auch jetzt insbesondere den Einflüssen Englands zuzuschreiben sein. Nach dem heutigen Stand der Dinge, soll Ostgalizien für einen Zeitraum von 25 Jahren unter polnische Verwaltung, jedoch der Oberaufsicht des Völkerbundes unterstellt werden. Diese Entscheidung wurde getroffen, nachdem die polnische Friedensdelegation gegen die vorherige, im September ausgesprochene Zuweisung Ostgaliziens an die polnische Verwaltung für 15 Jahre, energisch protestiert hatte. *Paderewski* hielt damals ein langes Exposé vor dem Fünferrat und erwirkte eine Revision des Beschlußes. Es schien, daß die Revision zugunsten Polens ausfallen würde, welches eine vollständige Einverleibung Ostgaliziens an den polnischen Staat fordert. Die polnische Presse hatte sogar schon die Nachricht von der Revision als feststehend mitgeteilt, und eine freudige Stimmung bemächtigte sich der polnischen Oeffentlichkeit. Kein Wunder nun, daß der Rückschlag sich jetzt umso deprimierender dukumentiert.

Wir Jüdisch-Nationalen, die wir im „Comité des Délégations Juives auprés de la Conférence de la Paix.“ unsere Vertretung hatten, haben seit dem ersten Moment bis zur letzten Entscheidung in dieser territoriellen Frage keinen eigenen Standpunkt eingenommen, getreu unserem Prinzip der Neutralität in derartigen territoriell staatlichen Angelegenheiten. Sicher ist es, daß wir Juden von einer provisorischen Regelung der Frage nicht befriedigt sein können, da der wirtschaftliche Stand der Juden, der infolge des Krieges ganz brach liegt, dadurch umsomehr wird leiden müssen, daß man sich kaum wird entschließen können an einen dauernden Wiederaufbau zu schreiten, solange die polnische Staatszugehörigkeit nicht erklärt ist. Mit diesem wirtschaftlichen Nachteil rechneten wir schon im Verlaufe der Verhandlungen und unsere Bestrebungen gingen dahin, zumindest die politische Stellung der Juden in Galizien wenigstens insofern zu mildern, daß den speziellen politischen Verhältnissen Rechnung getragen würde. Zu diesem Zwecke legte die ostgalizische Delegation der Friedenskonferenz eine Reihe von Memoranden vor und gab auch bei ihrer persönlichen Einvernahme vor der Subkommission der Friedenskonferenz, indem sie gleichzeitig ihr Desinteressement betr. der staatlichen Zugehörigkeit erklärte, ihren Forderungen beredten Ausdruck. Die Vertreter der Regierungen anerkannten zwar die Richtigkeit unserer Forderungen, die jedoch, wie es aus dem Statut für Ostgalizien hervorgeht, in der Praxis leider nicht berücksichtigt wurden und alle von uns vorgeschlagenen Aenderungen haben bedauerlicherweise nicht die gewünschte Gesetzeskraft angenommen. Nach dem jetzigen Wortlaut werden inbezug auf den Minoritätenschutz der jüdischen Bevölkerung, dieselben Bestimmungen verpflichtend sein, wie sie im poln. Vertrage niedergeschrieben sind. Ein Abschnitt des Statuts, der die polnische und ukrainische Sprachen als Amtssprachen anerkennt, könnte für den ersten Moment als Widerspruch mit obigen Gesetzesbestimmungen betrachtet werden. Dies wäre doch nichts anderes als Trugschluß, da die Pflicht der Geltendmachung der Bestimmungen des polnischen Friedensvertrages unzweideutig ausgesprochen ist, die erwähnte Bestimmung also nur bestimmen soll, daß die ukrainische Sprache in der Ausführung nicht schlechter gestellt sein dürfe, als die polnische, keinesfalls aber die jüdische Sprache ihrer Rechte laut den Bestimmungen des polnischen Friedensvertrages berauben will. Nun ist noch im Gegensatz zur irrtümtich angenommenen Auffassung festzustellen, daß nach Ablauf von 25 Jahren kein Plebiszit über das weitere Schicksal Ostgaliziens, sondern nur der Völkerbund als solcher darüber entscheiden soll. Die Polen weigern sich bekanntermaßen noch, den Vertrag in der jetzigen Form zu akzeptieren. Sollten sie dies jedoch unter dem Drucke der Verhältnisse tun, so wollen wir Juden hoffen, daß sie das Verhältnis zur jüdischen Bevölkerung so einrichten werden, daß die Juden, wie immer das Los Ostgaliziens sich später auch gestalten möge, die Beibehaltung der gegenwärtigen nationalen Verhältnisse als wünschenswert ansehen werden.“

Die Lage der Juden in Russland.

Resolution der Kadettenpartei.

Der Pariser P.-Gewährsmann der „Jüd. Presszentrale Zürich“ teilt mit: Da die russische Frage nicht sobald vor die Friedenskonferenz kommen wird, so kann auch keine Rede davon sein, die russisch-jüdische Frage irgendwie vor dieses Forum zu bringen. Und wenn England und Frankreich wirklich sich entscheiden werden, nicht mehr in den Angelegenheiten Russlands zu intervenieren, dann wird es überhaupt sehr schwer werden, von hier aus die russisch-jüdische Frage zu beeinflussen. Das heißt aber nicht, daß man im Denikinschen Gebiet nicht mit der öffentlichen Meinung Europas rechnet. Im Gegenteil. Die Pariser Repräsentanten der Denikinschen Regierung sind sehr darum besorgt, sich von der Beschuldigung, Judenpogrome hervorgerufen, begünstigt oder geduldet zu haben, reinzuwaschen. Auf eine Anfrage aus Russland antwortete der Minister *Neratow* ungefähr folgendes: Gegen Pogrome werden alle möglichen Maßregeln ergriffen. Die volle Gleichberechtigung der Juden ist selbstververständlich. Trotzdem sind im Denikinschen Gebiet furchtbare Judenpogrome vorgekommen: Tausende ermordet, Zehntausende geplündert und ausgeraubt, Hunderttausende Juden im Zustande des unbeschreiblichen Elends. Die Sachlage ist folgende: Denikin und die Regierung sind gegen die Pogrome, aber Denikin besitzt keine Macht, seinen Offizieren, Beamten und Soldaten Gehorsam zu gebieten. Ein Teil der Intelligenz mit dem einflußreichen *Schulgin*, dem Redakteur des „Kiewljanin“, an der Spitze, treibt eine furchtbare antisemistische Hetze. In der Masse, besonders in der Armee, sind durch den Bürgerkrieg und die allgemeine Zerrüttung die wildesten Instinkte wachgerufen. Wie Ihrem Korrespondenten von einer hochautoritativen russischen Quelle heute versichert wurde, sollen übrigens seit zwei Wochen die Pogrome aufgehört haben.

Zur Charakteristik der Lage teile ich Ihnen die heute von mir aus Russland erhaltene Resolution der Denikinfreundlichen Kadettenpartei, angenommen auf der letzten Parteikonferenz in Charkow, mit: „Die

Charkower Konferenz der Kadettenpartei spricht die Ueberzeugung aus, daß die stattfindenden Judenpogrome unzulässig sind, nicht bloß aus Humanitätsrücksichten, sondern auch vom Standpunkte jener grossen Sache, der die Freiwilligen-Armee dient. Zugleich aber lehnt die Konferenz jede Verdächtigung ab, als ob die Gewalttätigkeiten stattfänden, ohne genügenden Widerstand seitens der bevollmächtigten Behörden und hält es für ihre erste Pflicht zu bezeugen, daß eine Reihe von Maßregeln von den Behörden behufs Vorbeugung von Pogromen und zum Schutze der unschuldigen Bevölkerung im Namen der christlichen Moral und der Staatsinteressen ergriffen worden sind. Die Konferenz anerkennt, daß die vom Bolschewismus geschaffene zersetzende Atmosphäre, die die nackte Gewalt und die physische Vernichtung der Gegner zum Prinzip erhoben hat, als die Grundursache des Vorwaltens dunkler Instinkte in der Masse erscheint. Diese Geisteszerzetzung hat einen günstigen Boden für die widerwärtigen Akte der Vergewaltigung geschaffen, die in ihrer Gesamtheit als ein tatsächlicher allgemeinrussischer Pogrom erscheint. Die vom Bolschewismus hervorgerufene moralische Verwilderung hat auch die Ausbreitung der Judenpogrome hervorgerufen. Die führenden und bewußten Kreise des Judentums sollen einen unerbittlichen Krieg jenen Elementen unter den Juden erklären, die durch ihre aktive Teilnahme an der bolschewistischen Bewegung ein verbrecherisches und böses Werk schaffen. Die Konferenz spricht die Hoffnung aus, daß jene gesunden Richtungen im Judentume, die zusammen mit allen russischen Bürgern bestrebt sind, an der Befreiung Russlands vom Bolschewismus teilzunehmen, von den breiten Kreisen der jüdischen Bevölkerung werden aktiv unterstützt werden."

Soweit die Resolution. Sie reflektiert die Stimmungen der Regierungskreise um Denikin herum. Es sei uns nur eine Bemerkung erlaubt: Könnte man nicht die an die Juden gerichteten Ratschläge an die Russen richten? Wie steht es mit den russischen „Bürgern" und mit den christlichen „breiten Massen" in Russland: Kämpfen sie alle gegen die Bolschewiki? Und doch gibt es nur Judenpogrome.

Die Konferenz der französischen Zionisten.

Die „Jüdische Presszentrale Zürich" entnimmt dem soeben erschienenen offiziellen „Rapport sur la Politique générale de l'Organisation Sioniste de France", der der Jahreskonferenz der französischen Zionisten am 1. Dez. 1919 vom Berichterstatter Dr. E. F. *Braunstein* vorgelegt wurde, u. a. folgendes:

Nach einem Ueberblick über die Tätigkeit der Zionisten in Frankreich um die franz. Oeffentlichkeit für die zion. Ideale zu interessieren, wird das der Friedenskonferenz überreichte Memorandum kritisch beleuchtet und die „Proposals" einer Prüfung unterzogen. Zuerst wird die englische Mandatfrage besprochen, wobei es u. a. heisst: Haben die Zionisten klug gehandelt, als sie verlangten, daß England das Mandat über Palästina übergeben würde, ohne irgend anderswo ein Gegengewicht zu suchen, um die engl. Forderungen auszugleichen? Wenn nun Englands Verwaltung schlecht sein sollte, so können die Juden sich an niemand, nicht einmal an den Völkerbund um Hilfe wenden, denn erstens hat England mit seinen Dominions darin das Uebergewicht, zweitens hat das jüd. Volk die Mandatarmacht frei gewählt.

Sodann wird die Frage behandelt, wem die souveräne Macht in Palästina zustehen wird. Die Vorschläge sagen, dem Völkerbund, die Juden aber wollen nur das jüd. Volk als Souverän anerkennen. Dieses soll seine Regierung wählen. Also wird die Regierung nicht Großbritannien gehören. Der Völkerbund wird die Mandatarmacht kontrollieren, die je nach Wahl des zion. Kongresses, heute England, morgen Frankreich oder Amerika sein wird. Wir können nur in unsere eigene Organisation und in unsere eigenen Kräfte Vertrauen haben und nicht in Kompromisse, denn die Vergangenheit hat uns gezeigt, wohin dieselben führen.

An dritter Stelle wird von der Begrenzung der Mandatarmacht gesprochen. Begrenzung, was die Zeit anbetrifft, z. B. zehn Jahre. Die Dauer kann auf Wunsch des jüd. Volkes geändert werden. Die Funktionen der Mandatarmacht könnten bestehen in der Ueberwachung des Jüdischen Rates, Garantie und Ueberwachung der Unversehrtheit des Gebietes, Ueberwachung der Anwendung des Statutes die nichtjüdischen, ethnischen u. religiösen Minderheiten betreffend, die Ueberwachung der heiligen Stätten. Ueberwachung will nicht Einmischung sagen, noch Vetorecht, sondern Beratung, Anleitung. Unter heiligen Stätten verstehen wir nur die Denkmäler der religiösen Verehrung, nicht aber die Orte und Städte, wo sich dieselben befinden.

Viertens: Was ist Palästina gegenwärtig? Wenn unser Standpunkt angenommen wird, so fallen alle anderen Vorschläge von selbst fort. Wenn aber die Vorschläge unverändert bestehen bleiben, so ist Palästina eine englische Provinz. Nicht einmal eine Kolonie. Wenn die Regierung England anvertraut wird, so ist es Herrin von Palästina, was durch folgendes Zitat bestätigt wird: „Palästina w i r d unter solche politische, administrative und ökonomische Bedingungen gestellt werden, die z u l e t z t die Schöpfung eines autonomen „commonwealth" erlauben." Man bemerke die Zukunftsform „wird" und „zuletzt". Und das Wort „autonomer commonwealth" scheint alles und nichts besagen zu können. Weiter ist gesagt, daß „die Mandatarmacht die jüdische Immigration begünstigen wird". Also Kontrolle der Immigration. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß weder der Rat der Fünf, noch England einen jüdischen Rat wünschen. Das soll die Schuld der jüd. Plutokratie sein, die für ihre Rechte in der Diaspora fürchtet. Auch sind viele Assimilanten einer Lösung der Palästinafrage von Grund aus feindlich gesinnt. Aber wenn wir Konzessionen machen wollen, können wir gleich unser ganzes Werk aufgeben. Wir müssen an dem Jüdischen Rat festhalten. Das Memorandum selbst ist zögernd, was diesen Punkt anbetrifft. Es sieht vor, daß „das Hebräische eine der offiziellen Sprachen sein wird". Wir können verstehen, daß das Arabische als offizielle Sprache anerkannt wird. Aber wir glauben nicht, daß, wenn die Rolle des englischen Militärs nach Friedensschluß ausgespielt sein wird, wir des Englischen als offizielle Sprache bedürfen.

Ein anderer Punkt, die Einbürgerung betreffend, sieht eine Probezeit vor. Warum hat man nicht die sofortige Einbürgerung auf eine geschriebene Erklärung hin, wie es im Elsass üblich ist, gefordert? Dies ist eine Frage politischer Nützlichkeit und hätte für die sofortige Schaffung einer Mehrheit in Palästina die größte Bedeutung. Und dann, werden wir mit eng-

lischem Passe reisen? Wir fordern einen palästinensischen Pass. Alles andere weisen wir zurück. Bei einer aufmerksamen Prüfung der Finanzklauseln sieht man, daß England die vollständige Herrin von Palästina ist. Der Jüdische Rat wird nur das Recht haben, mitzuarbeiten, zu beraten, ohne irgendwelche Macht. „Wenn die Mandatarmacht urteilen wird, daß die Bewohner Palästinas fähig sind, die Errichtung einer vertretenden und verantwortlichen Regierung auf sich zu nehmen, sollen die nötigen Maßnahmen getroffen werden, um die Errichtung einer solchen Regierung möglich zu machen" heißt es, also nur der gute Wille Englands wird die Stunde der Selbständigkeit Palästinas bestimmen und nicht der Wille des jüdischen Volkes.

Der Friedensvertrag mit Rumänien.

In dem Vertrag mit Rumänien ist außer den Minoritätenrechten folgender Artikel eingefügt: „Rumänien verpflichtet sich, alle auf rumänischem Gebiet lebenden Juden, die keine andere Nationalität geltend machen können, ohne irgend welche Formalitäten als vollberechtigte rumänische Bürger anzuerkennen."

Im allgemeinen nähern sich die Minoritätenrechte dem polnischen Vertrag, ausgenommen Artikel 11 und 12, die sich speziell auf die jüdischen Schulen und den Sabbath beziehen.

25 Millionen Pfd. für den Wiederaufbau Palästinas.

Das Palästinadepartement der Londoner Zion. Organisation hat bei der Konferenz mit jüd. Pressevertretern u. a. mitgeteilt, daß ein Memorandum vorbereitet werde, um an alle zion. Föderationen versandt zu werden. In diesem Memorandum wird vorgeschlagen, besondere Fonds für Bildungswesen, Immigranten und Landarbeiter und den Wiederaufbau Palästinas zu schaffen. Für die wichtigen Arbeiten, auf die in diesem Memorandum hingewiesen wird, benötige man ein Kapital von 25 Millionen Pfd. Die zion. Föderationen werden ersucht werden, den Schekel soweit zu erhöhen, daß von jedem Schekel zumindest 10 Sh. für die Palästinarbeit sollen abfallen können.

Die Allweltliche Misrachikonferenz in Zürich.

Wie die J.P.Z. soeben erfährt, findet die Misrachi-Weltkonferenz, für die sich bereits Delegierte aus allen Ländern angekündigt haben, am 14. Jan. in Zürich statt.

Adolf Stand

Am 20. Dez. ist in Wien nach längerem schweren Leiden Adolf *Stand* in seinem 50. Lebensjahre verschieden. Adolf Stand, einer der ersten Zionisten Galiziens, war seit Begründung der ersten zion. Organisation viele Jahre hindurch Führer der galizischen Zionisten, als derer Vertreter er seit Jahren dem Grossen Aktionskomitee angehörte. Im Jahre 1907 wurde Stand von der Stadt Brody ins österreichische Parlament entsendet. Stand war ein ebenso hervorragender Redner, als feinfühliger Essayist. Speziell seine Veröffentlichungen über Herzl, bei denen er aus einem reichen Born persönlicher Erlebnisse schöpfen konnte, zeichnen sich durch tiefes Gemüt und sehr feine Charakterisierungsgabe aus. Während der Kriegszeit weilte Stand in Wien, wo er seit dem Umsturz Präsident der Delegation des Jüd. Nationalrates für Ostgalizien war. In den letzten Monaten konnte er sich infolge schweren Leides öffentlich nur wenig betätigen. Er suchte — leider vergebens — Heilung im Wiener Cottage Sanatorium, wo ihn auch der Tod ereilte. Die Zionisten Galiziens betrauern in ihm ihren ersten und bedeutendsten Führer.

Chronik.

Polen.

Anlässlich des ersten Jahrestages der Bestattung der Lemberger Pogromopfer (24. Kislew) fanden in Lemberg auf dem Friedhof und den Synagogen imposante Trauerkundgebungen statt. Die jüd. Zeitungen erschienen schwarz umrändert.

— Mit Rücksicht auf die im Januar in Basel stattfindende zion. Konferenz und deren Bedeutung für die auf der Konferenz der ostgalizischen Zionisten zur Beratung stehenden Fragen, hat das Exekutiv-Komitee der Zionisten Ostgaliziens die für den 28.—30. Dez. einberufene Konferenz (s. J. P. Z. Nr. 66) verschoben. Die Konferenz der ostgalizischen Zionisten wird erst im Laufe des Februar stattfinden.

— Am 16. Dez. fand in Warschau ein grosses Protestmeeting jüd. intellektueller Kreise gegen die Einführung der Prozentnorm an der Posener Universität statt.

Warschau. Der bekannte Poale-Zionist *Rafalkes* (Nir) ist am 11. Dez. nach Palästina abgereist.

— Eine vorgenommene Enquete über die Parteizugehörigkeit der jüd. Ratsmänner in den verschiedenen Stadtgemeinden hat das folgende provisorische Resultat ergeben: von 596 jüd. Ratsmännern in 73 Städten sind 173 Zionisten, 61 Misrachisten, 54 Poale-Zion, 99 Orthodoxe, 68 Bundisten, 20 Handwerkerpartei, 20 Volksparteiler, 10 Kaufleute, 7 Vereinigte, 6 Assimilanten und 78 parteilos.

— Laut Angaben des statistischen Amtes gab es im letzten Schuljahre auf dem Gebiete des früheren Kongresspolens 5,220 Mittelschullehrer und Lehrerinnen, von denen 87,5 % polnischer, 8,6 % *jüdischer*, 3,7 % anderer Nationalitäten und 0,2 % unbekannter Nationalität sind.

— Dieser Tage traf Leutnant *Gerschtenzank*, Mitglied der amerikanisch-jüd. Lebensmittelkommission in Warschau ein. Nach seinen Mitteilungen begibt sich eine aus 20 Personen bestehende Delegation unter Leitung von Dr. Boris *Bogen* am 1. Januar wieder nach Polen, um dort eine grosse Aktion zugunsten der Juden Polens durchzuführen.

Ungarn.

Judenmorde in Kecskemét.
(27 Ermordete, 59 Verschleppte.)

Der „Jüd. Presszentrale Zürich" wird telegraphiert: *Budapest*, 19. Dez. Der nach Kecskemét entsandte Sonderberichterstatter des „Az Est" drahtet seinem Blatte: Oberleutnant *Héjjás*, Kommandant von Kecskemét organisierte eine bewaffnete Antisemitenbande, liess von dieser die im Gefängnis sitzenden 31 Kommunisten, von denen 23 Juden sind, holen und verschleppte mit ihnen noch weitere 28 Juden aus der Stadt. Von diesen Personen sind *bisher 22 bereits ermordet aufgefunden* worden, die anderen sind *spurlos verschwunden*. Es besteht dringender Verdacht, dass auch diese ermordet worden sind. Die Ermordeten wurden vollkommen ausgeraubt. Einige Tage darauf griff die Bande den von Lajosmizse nach Budapest fahrenden Zug an und zwang fünf jüd. Passagiere abzusteigen, die *erschossen* und ausgeraubt wurden.

Jugoslavien.

Laut Nachrichten, die das Komitee der Jüd. Delegationen aus Jugoslavien aus sicherer Quelle erhält, nehmen die Behörden des serbo-kroatisch-slovenischen Staates die Ausweisung einer grossen Anzahl Juden vor, die seit Jahren und sogar seit Jahrzehnten in diesem Lande leben. Diese Massnahme ist eine offensichtliche Verletzung des von dem S. H. S. Staate unterzeichneten Vertrages, in welchem es unter Artikel 3 im Kapitel 1 heisst: „Die österreichischen, ungarischen und bulgarischen Staatsangehörigen, die ihren Wohn- oder Heimatort am Tage des Inkrafttretens des vorliegenden Vertrages auf allen Territorien des serbo-kroatisch-slovenischen Staates haben, werden als serbische, kroatische und slovenische vollberechtigte Staatsbürger ohne jegliche Formalitäten anerkannt.“ Unter den Ausgewiesenen befinden sich Frauen und Greise, deren Söhne in dem Heere des neuen Staates dienen. Die Ausweisungsbefehle wurden sogar an Juden gerichtet, die schon seit mehreren Jahren tot sind. Die Ausgewiesenen befinden sich in einer ungemein schwierigen Lage, denn kein Land öffnet ihnen seine Grenzen. Diese brutale Massnahme hat unter den Juden Jugoslaviens eine wahre Panik hervorgerufen, da sich alle in ihrer Sicherheit bedroht sehen, umsomehr, als sie in Anbetracht der liberalen Traditionen Serbiens auf eine solche Behandlung seitens des neuen Staates keineswegs gefasst waren. Das Komitee der Jüd. Delegationen hat, gestützt auf feststehende Tatsachen der Delegation des S. H. S. Staates an der Friedenskonferenz ein Memorandum überreicht und weitere diesbezügliche Schritte bei politischen Persönlichkeiten unternommen.

— In Szabadka ist vor Kurzem der pensionierte Oberrabbiner Moritz *Kuina* im Alter von 94 Jahren verschieden. Welcher Hochschätzung er sich erfreute, ist daraus ersichtlich, dass die die Stadt besetzt haltenden Serben am Tage seines Leichenbegängnisses die Schliessung der Geschäftslokale anordneten.

Bukowina.

Der Holzhändler Jakob *Hecht*, der sich dazu hergegeben hat, gegen den Willen der Juden ein Mandat in den rumänischen Senat anzunehmen, ließ sich von der in Bukarest in französischer Sprache erscheinenden und für das Ausland bestimmten Regierungszeitung „Indépendance Roumaine“ interviewen. Er erklärte: Die Juden sind sehr zufrieden, rumänische Bürger zu werden; es gibt bei uns wohl Zionisten, die aus religiösen Gründen für Zion sind; einige Advokaten, die Klienten suchen, wollen jedoch daraus eine politische Bewegung machen. Die Juden fordern auch keine Minoritätsrechte und verurteilen die ganze Aktion, die der Nationalrat dieserhalb im Auslande unternommen hat. — Der in Czernowitz erscheinenden „Ostjüdischen Zeitung“ entnehmen wir in diesem Zusammenhang, daß Hecht von der rumänischen Regierung trotz Waggonmangels 35 Eisenbahnwagen erhalten hat und die Bewilligung, 35 Waggons Bauholz, welche früher für den *Wiederaufbau* der durch den Krieg zerstörten Orte in der Bukowina beschlagnahmt waren, *über die Grenze auszuführen.* Bei dem großen Holzmangel dürfte Hecht bei diesem Geschäfte Millionen verdienen.

Oesterreich.

Wien. - A - Am Sonntag, den 14. d. M. fand das von der gesamten jüdischen Sportwelt mit Spannung erwartete Fußballwettspiel des jüdischen Sportklubs „Hakoah“ gegen den Sportklub „Germania“ statt. Das Wettspiel erregte umso größeres Interesse, als es zwischen den zwei führenden Klubs der zweiten Klasse zur Austragung gelangte und der Sieger in die erste Meisterschaftsklasse aufzurücken hatte. Auch die jüdischen Vereine des Auslandes, so in Paris und Genf, hatten telegraphische Erkundigungen über den Ausgang des Spieles eingezogen. Das Wettspiel wurde von über 15.000 Zuschauern besucht, eine Anzahl, die noch kein lokales Wettspiel aufzuweisen hatte.

Nach scharfem Spiel siegte Hakoah mit 2:1 und erlangte so die Führung.

— A - Der Wiener Oberrabbiner, Dr. *Chajes*, hat eine telegraphische Einladung seitens der Leitung der Zion. Organisation in London erhalten, sich für den 16. Jannar 1920 zu der in Basel stattfindenden Gelehrtenkonferenz über die Errichtung der Jerusalemer Universität zu begeben. Dr. Chajes, welcher das Referat über die jüd. Abteilung erstatten soll, hat die Einladung angenommen und wird nach seiner Rückkehr aus Holland sich in die Schweiz begeben.

Deutschland.

Ostjüdische Arbeiter für den Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Beim Wiederaufbau Nordfrankreichs wird die deutsche Regierung bekanntlich größere Mengen von Arbeitern zu stellen haben. Es ist fraglich, ob sie ihr so viele deutsche Arbeiter zur Verfügueg stellen werden, wie Frankreich anfordern wird. Im Anschluß an die Tatsache, daß nach einer polnisch-französischen Vereinbarung polnische Arbeiter nach Frankreich gehen werden, hat die „Jüd. Emigrations-Organisation“ in Berlin in deutschen Regierungskreisen angeregt, daß diese, falls ihr nicht genügend deutsche Arbeiter zu Gebote stehen, auf ostjüd. Arbeiter zurückgreifen soll, die namentlich aus den polnischen Industriestädten ihrem Rufe wahrscheinlich Folge leisten würden, wo die große Arbeitslosigkeit sie jedem annehmbaren Angebot geneigt macht. Die deutschen Regierungskreise die in der Sache bisher verhandelt haben, stehen der Anregung sehr freundlich gegenüber.

Frankreich.

Paris. Chacham Baschi *Usiel* aus Jaffa, palästinensischer Delegierter für die Misrachi-Konferenz in Zürich, traf vorige Woche in Paris ein, wo er mit *Sokolow* eine längere Unterredung hatte.

Paris. Endlich hat man auch hier eingesehen, daß das französische Judentum einiger Aufmunterung bedarf. Auf die Initiative einiger junger Leute, angefeuert durch den Enthusiasmus des Rabb. *Lieber*, hat sich eine Vereinigung „Chema Israel, Association d'éducation et de propagande réligieuse“ gebildet. Unter Vorsitz des Grandrabbins von Frankreich, Israel *Lévy*, wurde die Propaganda-Versammlung abgehalten. Die Tatsache, daß bereits über 300 Personen sich eingeschrieben haben um den Vorlesungen zu folgen, beweist, daß man in Paris dem Judentum immer noch ein gewisses Interesse entgegenbringt.

— Dr. *Pasmanik* veröffentlicht in der „Cause Commune“, dem offiziellen Organ der Denikinschen Armeen in Paris einen längeren Artikel, in dem er die ständig erneute Beschuldigung widerlegt, die Juden seien schuld an dem Bolschewismus und an allem Un-

glück, das Rußland betroffen hat, und die russischen Intellektuellen auffordert mit allen Kräften gegen den Antisemitismus und die daraus folgenden Pogrome zu kämpfen, da dies nicht nur für die Rettung der Juden, sondern auch für das Ansehen und die Wiedergeburt des neuen Rußland notwendig ist.

England.

Die englischen Streitkräfte in Palästina

Aus London wird der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet: Laut Erklärungen Lord *Curzons* im Unterhause sind Cilizien und Syrien gegenwärtig bereits von den britischen Streitkräften geräumt. Nur an wenigen Punkten stehen noch Detachements, die auf ihre Einschiffung warten. *In Palästina steht noch eine einzige indische Infanteriedivision, sowie eine Brigade britischer Reiterei.*

— Aus London wird der „J. P. Z." berichtet: Max *Nordau* hat bereits an der Sitzung des zion. Aktionskomitees vom 16. Dez. teilgenommen. In seiner Begrüssungsansprache forderte Schmarjahu*Lewin* Nordau auf, dem Aktionskomitee aktive Hilfe angedeihen zu lassen. Nordau erklärte alle seine Kräfte in den Dienst des Aktionskomitees stellen zu wollen. In keiner einzigen Sache wüsste er sich in prinzipieller Gegnerschaft zu den Führern. Es sei Pflicht jedes Einzelnen, dem Zionismus mit allen Kräften beizustehen, auch mit Kritik, die nötig ist. Jeder müsse vollen Glauben in den endlichen Sieg des Zionismus haben und die zion. Führer seien berechtigt, alles was nötig ist, vom jüd. Volke zu fordern.

— Aus London wird der „J.P.Z." telegraphiert: *Lord Rothschild* und *Herbert Samuel* werden als Delegierte der englischen zionistischen Föderation zur zionistischen Jahreskonferenz nach Basel kommen.

— Die Zentralorganisation des Londoner Misrachi teilt mit, dass dieser Tage in London die palästinensischen Delegierten zur Misrachikonferenz erwartet werden, und zwar der Chacham Baschi *Usiel*, Rabbiner *Fichmann* und Herr *Meisel*.

— Auf der letzten Sitzung des Board of Deputies wurde ein Brief des Chiefrabbi, *Dr. Hertz*, vorgelesen, worin die schrecklichen Leiden und Verfolgungen, die die Juden von Hamadan seitens der persischen Behörden zu erdulden haben, geschildert werden. Laut der neuen persischen Konstitution verweigern die Perser den Juden die Gleichberechtigung und wollen den Juden bei den lokalen Tribunalen keine Gerechtigkeit widerfahren lassen. Das Komitee für Auswärtiges bei dem Board of Deputies hat den erwähnten Brief des Chiefrabbi dem englischen Ministerium des Aeusseren übersandt, worauf *Lord Curzon* mitteilte, dass der englische Vertreter in Persien den telegraphischen Auftrag erhalten habe, Ungerechtigkeiten gegen die Juden zu verhindern.

Türkei.

Am 13. November hielten alle jüd. Gemeinden in der Türkei Trauergottesdienste ab zum Gedenken an die Pogromopfer in Polen und der Ukraine. In Konstantinopel war die Demonstration sehr eindrucksvoll. Alle jüd. Schulen und Büros waren geschlossen. An den Vorderseiten der Geschäfte waren schwarzberänderte Karten angebracht, die die Aufschrift in Hebräisch und Französisch trugen „Jüdische nationale Trauer". Aus den Fenstern hingen zion. Fahnen mit schwarzem Krepp drapiert. Auch in Adrianopel, Brussa, Rodosto, Lüle-Burgas und anderorts fanden grosse Trauermanifestationen statt. In Tschorlu haben Mohamedaner an der jüd. nationalen Trauer teilgenommen. Sie schlossen den Markt und ihre Geschäfte und das Haupt ihrer Gemeinde brachte dem Präsidenten der jüd. Gemeinde seine Kondolenz dar.

Amerika.

Senator *Gerry* brachte im amerikanischen Senat folgende Resolution ein: „Mit Rücksicht darauf, dass die nach Polen entsandte amerikanische Kommission mit Morgenthau an der Spitze ihre Arbeiten bereits abgeschlossen und Morgenthau seinen Bericht bereits dem Staatssekretär überreicht hat, wolle der Senat beschliessen, dass der Staatssekretär eine Kopie dieses Berichtes dem Senat übersenden soll, insofern dies den Staatsinteressen nicht zuwiderläuft. Dieser Antrag wurde ohne Widerspruch einstimmig angenommen.

— Wie aus Amerika berichtet, wird hat Dr. *Coralnik* am 28. Nov. auf dem Schiffe „Lappland" England verlassen, um sich nach Amerika zu begeben und dort an Hand der von ihm mitgeführten Dokumente Authentisches über die Judenpogrome in der Ukraine zu berichten.

— Am 29. Nov. wurde die für drei Tage anberaumte XI. Konferenz der jüd. Farmer in New-York eröffnet.

— Laut „Nowy Dziennik" wird aus New-York berichtet, daß die amerikanischen Zionisten in Palästina eine grosse Telegraphenagentur gegründet haben, zwecks Verbreitung von Nachrichten über das jüdische Leben in Palästina. Die Agentur wird redigiert werden von dem ehemaligen Legionär Gerschon *Agranski* und Louis *Fisher* und unter Leitung von *Levin-Epstein* stehen.

Palästina.

Haifa — der Zukunftshafen Palästinas.

Unter obigem Titel veröffentlicht die „Neue Zürcher Zeitung" vom 14. Dez. einen Artikel ihres palästinensischen Korrespondenten Dr. A. B. in dem es u. a. heißt: Haifa soll auch eine eigene Werft für den Bau und die Reparatur kleinerer Fahrzeuge erhalten. Dieser Tage wurde sogar der erste Schritt in dieser Richtung getan. Ein jüd. Unternehmer hat mit Erlaubnis der Küstenkommandantur ein 100 Tonnen fassendes Motorbot bauen lassen, das für den Verkehr zwischen den palästinensischen Häfen sowie mit Beirut und Aegypten bestimmt ist. (s. J.P.Z. No. 56/57 vom 19. Sept. 1919) Das Schiff wird unter jüd. Flagge (Blauweiß mit 7 Goldsternen) segeln und in der Hauptsache dem Lokal- und Warentransport dienen. Es wird das erste Fahrzeug sein, das in Palästina erbaut wurde und dem einheimischen Verkehr dient, das erste auch, das unter jüd. Flagge in See sticht.

Die Entwicklungsmöglichkeiten Haifas scheinen auch den britischen Behörden vollauf eingeleuchtet zu haben, denn die Vorbereitungen für den Ausbau von Stadt und Hafen sind bereits bis auf die geringsten Einzelheiten vollendet und nur der sehnsüchtig erwartete Abschluss der Pariser Verhandlungen, die kein Ende nehmen wollen, verzögert den Beginn des Baues. Aber auch für das übrige Land sind Arbeiten und Verbesserungen vorgesehen, die geeignet sind, das heute zu neun Zehntel wüste Land in ein Paradies umzuwandeln. Wenn wir richtig informiert sind, soll die Absicht bestehen, für die Erschließung Palästinas

die Summe von 200 Millionen Pfund auszuwerfen, welche nach Aussagen von Fachleuten in wenigen Jahrzehnten getilgt werden können, da das Land imstande ist, landwirtschaftlich und industriell einen sehr bedeutenden Aufschwung zu nehmen. Sobald erst die momentane Schwüle in der europäischen Politik und Wirtschaft vorbei ist und das Interesse für gesunde Arbeit überall wieder wach wird, sobald das politische Statut des Orients eine bleibende Gestalt angenommen hat und die Grenzen des Landes der jüd. Einwanderung geöffnet werden können, wird es nicht mehr lange dauern und Palästina wird zu einem Land des Fortschrittes und der normalen Produktion, der Kultur und des freien, zivilisierten Lebens werden.

— Das jüd. Friedensgericht in Jerusalem hat seine erste Sitzung abgehalten. Zum Vorsitzenden wurde *Mordachai ben Hillel Hakohen* gewählt. Gleich auf der ersten Sitzung wurde der Antrag eingebracht, für die Richter während der Sitzungen spezielle Amtstracht, darunter ein Käppchen als Kopfbedeckung, zu bestimmen. Dieser Vorschlag wurde zur weiteren Behandlung dem höheren Friedensgerichte überwiesen. Man beschloß auch einen ständigen Advokaten zu ernennen, der sich im jüd. Rechte gut auskennt um die Angelegenheiten dieses Gerichtes zu verwalten.

— Der Stadtrat von Jaffa will der Aufforderung der Juden, das Hebräische als eine der offiziellen Landessprachen anzuerkennen, nicht nachkommen. Er hat keinen einzigen Beamten, der Hebräisch beherrscht. Unter den 24 in Jaffa angestellten Polizeibeamten befindet sich nur ein Jude, dem aber das Tragen einer Armbinde mit hebräischer Aufschrift untersagt ist.

— Für den Wiederaufbau von Kfar-Saba, das während dem Kriege fast gänzlich zerstört worden ist, hat *Ussischkin* im Namen des Waad Hazirim eine Anleihe von 7000 Pfd. St. zugesagt.

— Die Alliance-Bank in Aegypten ist im Begriff, eine Filiale in Haifa zu eröffnen. Zweck dieser Bank ist, den Handel mit Indien anzuregen.

— Letzthin hat Rabbi *Kook* die Jerusalemer Rabbiner zu sich geladen und ihnen vorgeschlagen, eine „Agudas-Harabanim“ zu gründen, behufs Hebung des materiellen und geistigen Standes der Rabbiner. Er schlug auch vor, ein höheres Rabbinerinstitut zu gründen, und die Thora-Chiduschim der letzten Rabbiner und Geonim in einer Sammelschrift zu vereinigen.

— Die Mitglieder des Vereins „Agudas Hakodesch“ in Jerusalem erwägen in letzter Zeit Maßnahmen, um dem Einfluß der modernen jüd. Schulanstalten in Palästina entgegenwirken zu können. So sammelt man bei der gesamten jüd. Bevölkerung Unterschriften, daß sie ihre Kinder vom Besuch dieser Schulen fernhalten. Rabbiner *Kook*, der ebenfalls zum Unterschreiben aufgefordert worden war, hat die Unterschrift verweigert.

— Als Gegengewicht gegen die Fanatiker. die unlängst gegen das Hebräische aufgetreten sind, bildete sich kürzlich in der Jeschiwah „Tauras Chajim“ eine hebräisch sprechende Agudah zu dem Zwecke, die hebräische Sprache in orthodoxen Kreisen zu verbreiten.

(L. J. K. B.)

— Da die Preise für koscheres Fleisch in Jerusalem doppelt so hoch sind wie für nicht koscheres, hat sich eine jüd. Genossenschafts-Metzgerei gegründet, um auf die Preisgestaltung des koscheren Fleisches einzuwirken.

— In Jerusalem hat sich kürzlich ein Verein zur Aufführung hebräischer Operetten gebildet.

— Die in Jerusalem erscheinende Zeitung „Suria-el-G'anubiah“, die von der englischen Regierung für einen Monat verboten wurde, ist vor kurzem wieder erschienen. Schon in der ersten Nummer nach ihrem Wiedererscheinen setzt sie ihre giftige Propaganda gegen die Zionisten fort.

Schweiz.

Auf Veranlassung des Zentralkomitees des Hechawer fand am 21. und 22. Dez. in Zürich eine Besprechung der Vertreter der Hechawer Vereine der Schweiz statt. Es wurde beschlossen anlässlich der in Basel stattfindenden jüd. Gelehrtenkonferenz mit den anwesenden Akademikern aller Länder eine Besprechung abzuhalten. (s. J. P. Z. Nr. 70). Die vorläufige Tagesordnung lautet: Bericht über das zion. Studentenleben in den verschiedenen Ländern; Referate über Lage des Zionismus, jüd. Universität, Aufgaben der zion. Studentenschaft, Galuth-Arbeit, soziale Grundlagen des Aufbaues Palästinas und ev. Einberufung eines allweltlichen zion. Studentenkongresses. Die Namen der Referenten und der genaue Zeitpunkt der Tagung werden demnächst bekannt gegeben werden.

Presse- und Verlags-Notizen.

— Der „Haaretz“ vom 30. Nov. d. J. veröffentlicht einen von den bekannten jüd. Schriftstellern A. Z. *Rabinowitz, Dr. A. Zifroni* und *J. Ben-Zwi* unterschriebenen Aufruf an die jüd. Gelehrten und Schriftsteller, in welchem diese aufgefordert werden an der Fortsetzung der Herausgabe der vor 40 Jahren von dem bekannten jüd. Gelehrten *A. M. Lunz* gegründeten Sammelschrift, „Jeruschalaim“ teilzunehmen. Zu Lebzeiten sind von Lunz 13 Bände erschienen. Da nach dessen Ableben die Herausgabe dieser Sammelschrift eingestellt wurde, wollen jetzt die Verehrer des Verstorbenen die Herausgabe wieder aufnehmen um zur Verewigung seines Namens beizutragen.

Die Sammelschrift „Jeruschalaim“ soll vorläufig folgenden zwei Fächern gewidmet sein: Der wissenschaftlichen Erforschung der Bibel, der Apokryphen, Mischnah, Tosseptha, Midrasch, Talmud usw. und 2) der wissenschaftlich-historischen Erforschung Palästinas wie auch der Publizierung von alten Inschriften. Die Adresse lautet: A. Z. Rabinowitz, Jaffa Tel-Aviv (Palästina).

— Einem Briefe von Rabbi *Kook* entnehmen wir, dass die Organisation „Degel-Jeruschalajim“, deren Sitz Jerusalem ist, mit Rabbi Kook an der Spitze, Vorbereitungen getroffen hat, eine Zeitung unter dem Namen „Degel Jeruschalajim“ herauszugeben.

— Unter dem Titel „Ost und West“ erscheint seit kurzem in Jerusalem ein neues historisch-literarisches und wissenschaftliches Journal in hebräischer Sprache. Die unter Leitung von Abraham *Almoliach* stehende Zeitschrift ist der Erforschung des Judentums im Osten, speziell des sephardischen, gewidmet.

— Das 3—4 Heft des siebenten Bandes der Jugendmonatschrift „Maledeth“, die in Jaffa unter der Redaktion des bekannten hebräischen Dichters J. *Fichmann* erscheint, ist in der Redaktion der „Jüdischen Preßzentrale Zürich“ eingetroffen.

— Die Berliner „Jüdische Presse“ veröffentlichte einen längeren Aufsatz des bekannten Talmudforschers Dr. *Tschernowitz* „Ueber das Talmudstudium bei den Westjuden“, worin die verschiedene Art des „Lernens“ in Litauen, Süd-Russland, Ungarn und Deutschland behandelt wird.

— Die soeben erschienene Sondernummer der „Neuen Jüdischen Monatshefte“ ist dem jüdischen Buch gewidmet. Sie stellt eine ausführliche und überaus interessante Monographie des jüdischen Schrifttums in Einzeldarstellungen jüdischer bewährter Autoren dar. Zum ersten Male wird hier auch eine Uebersicht über die Arbeit der modernen jüdischen Verlagsunternehmen geboten.

— Im Laufe der letzten zwei Monate wurde in Warschau von den Behörden das Erscheinen folgender jüd. Zeitungen verboten: „Hajnt“, „Der junger Kämpfer,“ „Arbajter-Cajtung“, „Dos professionelle Leben“, „Dziennik Nowy“ und „Zycie Zydowskie.“

— Der bundistische „Wecker“, der vorher in Minsk erschien ist nach Witebsk verlegt worden.

— Der polnische Misrachi hat anläßlich der Chanukkahtage eine jiddische Uebersetzung der autobiographischen Chanukkah-Erzählung „Die Menorah“ von Theodor *Herzl* herausgegeben. Das Reinerträgnis ist für den religiös-nationalen Erziehungsfond bestimmt.

Die „J.P.Z.“ ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich